

# BESCHLUSS

---

des Präsidiums der FDP, Berlin, 18. Februar 2016

---

## Mittelstand entfesseln: Mehr Vertrauen in das Herz der Sozialen Marktwirtschaft

Deutschlands wirtschaftliche Stärke ist ohne seinen Mittelstand undenkbar. Über 99 Prozent der Unternehmen in unserem Land sind kleine und mittelständische Unternehmen. Durch innovative Ideen und Spezialisierungen sind viele von ihnen Weltmarktführer in ihrer Branche. Zugleich sind sie in ihren Regionen tief verwurzelt. Der Mittelstand schafft den Löwenanteil an Arbeits- und Ausbildungsplätzen überall in Deutschland und damit die Grundlage für Wohlstand und den Spielraum für sozialen Ausgleich. Aufgrund der Einheit von Eigentum, Haftung und Leitung ist das Handeln mittelständischer Unternehmerinnen und Unternehmer zudem von besonderer Verantwortung geprägt. Der Mittelstand ist daher Herz und Motor der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland.

Die zunehmende Globalisierung und Digitalisierung stellen die gesamte Wirtschaft vor neue Herausforderungen. Diesen müssen mittelständische Unternehmen meist anders begegnen als Großkonzerne. Damit Deutschland nicht wirtschaftlich zurückfällt, muss Politik gezielt Wachstumsimpulse und einen Rahmen setzen, der dem Mittelstand Spielraum für die eigenverantwortliche Anpassung an die Mega-Trends lässt. In der Realität beschränken aber immer neue Belastungen unternehmerische Freiräume. Die Rente mit 63, der Mindestlohn, die Energiewende sowie die Pläne zur Regulierung von Zeit- und Werkverträgen sind einige Beispiele. Wir Freien Demokraten schlagen dagegen vor:

### **Für eine Digitalisierungsoffensive**

Die Digitalisierung bietet dem Mittelstand enorme Chancen. Neue Technologien wie z. B. der 3D-Druck revolutionieren Produktionsmethoden. Digitale Plattformen ermöglichen neue Wertschöpfungsnetzwerke, Geschäftsmodelle und intensiveren Wettbewerb für bessere und günstigere Produkte und Dienstleistungen. Daten werden mehr und mehr zur wichtigen Ressource. Der deutsche Mittelstand besitzt die Innovationskraft für die erforderlichen Anpassungen. Aber dazu benötigt er auch eine angemessene öffentliche Infrastruktur. Ohne leistungsfähige Netze ist an einen digitalen Durchbruch nicht zu denken. Dem Statistischen Bundesamt zufolge verfügte 2015 nur knapp jedes dritte Unternehmen (31 Prozent) mit zehn oder mehr Beschäftigten über einen Breitbandanschluss mit einer Datenübertragungsrate von mindestens 30 Mbit/s. Damit ist Deutschland in Europa allenfalls Mittelmaß. Statt mit dem Kupferkabel auf eine veraltete Technologie zugunsten der Remonopolisierung der Telekom zu setzen, wollen wir den flächendeckenden Ausbau mit Glasfaserleitungen vorantreiben. Eine große Chance bietet hierbei die Mobilisierung privaten Kapitals. Insbesondere wegen der anhaltenden Niedrigzinsphase der Europäischen Zentralbank suchen viele private Geldgeber derzeit nach alternativen Anlageformen. Daher wollen wir verstärkt Möglichkeiten und Anreize für private Investitionen in Infrastrukturprojekte schaffen – sowohl für Kleinanleger als auch für institutionelle Investoren, wie z. B. Versicherungen oder Pensionsfonds. Des Weiteren müssen international einheitlich technische Standards und Datenschutzabkommen geschaffen werden, deren Fehlen oftmals noch ein Investitionshemmnis darstellt. Außerdem soll die Einführung der degressiven Abschreibung sowie der steuer-

lichen Forschungsförderung dem Mittelstand schnelle Investitionen in digitales Sachkapital ermöglichen. Durch Digitalisierungs-Schecks für Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitern wollen wir die Finanzierung von Sicherheitssoftware und digitalen Weiterbildungsmaßnahmen erleichtern.

### **Für Bürokratieabbau**

Bürokratie bindet vor allem in mittelständischen Unternehmen wichtige Ressourcen, die dann für wichtigere Aufgaben wie Innovationsforschung oder Ausbildung fehlen. Wir wollen Unternehmern wieder mehr Freiraum für ihre Kernaufgaben schaffen. Daher fordern wir für einen Zeitraum von fünf Jahren ein „one in, two out“: Für jede neue bürokratische Belastung müssen zwei alte gestrichen werden. Wir unterstützen zudem die Forderung nach einem Normenkontrollrat auf europäischer Ebene. Denn die Ursache vieler Bürokratielasten liegt in Brüssel. Weiteres Entlastungspotential sehen wir in der Aufhebung der Mindestlohn-Dokumentationspflichten, der Anhebung der Buchführungsgrenzen, einer Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen und einer Erhöhung des Schwellenwerts für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter. Des Weiteren müssen die Chancen von E-Government auf allen föderalen Ebenen zügig genutzt werden, um Verwaltungsvorgänge zu vereinfachen und zu beschleunigen. Gleichzeitig soll das "Once-only"-Prinzip nach estländischem Vorbild eingeführt werden. Das bedeutet, dass Unternehmen Informationen nur einmal an den Staat übermitteln müssen und nicht mehrmals an verschiedene staatliche Stellen.

### **Für eine vernünftige Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik**

Der Fachkräftemangel stellt für den Mittelstand eine große Herausforderung dar, die nur durch vielschichtige Maßnahmen bewältigt werden kann. Diese reichen von der Verbesserung der schulischen Ausbildung, insbesondere auch für lernschwache Jugendliche, über die Nutzung der Erfahrung Älterer durch einen flexibleren Renteneintritt bis hin zu einem modernen Einwanderungsgesetz für ausländische Fachkräfte. Zudem wollen wir mittelständischen Unternehmen mehr Flexibilität ermöglichen, was Arbeitszeitgesetze oder Zeitarbeit und Werkverträge betrifft. Die pauschale Misstrauenskultur der Bundesregierung ist hier fehl am Platz. Mehr Flexibilität im Arbeitsrecht ist auch zur Integration der Flüchtlinge erforderlich, z. B. bei der Abschaffung der Vorrangprüfung bei Asylsuchenden und Ausnahmen beim Mindestlohn.

### **Für mehr Innovationen, Investitionen und Gründerförderung**

Innovationen sichern Wettbewerbsfähigkeit. Der DIHK warnt in seinem Innovationsreport 2015/16 von einer Innovationslücke im Mittelstand. Demnach planen nur 41 Prozent der befragten kleinen und mittleren Unternehmen bis 250 Mitarbeiter ihre Innovationstätigkeit auszuweiten. Ursache sind teilweise niedrige Margen und hohe Bürokratielasten. Letztere müssen sinken, um hier Spielräume für Zukunftsinvestitionen zu eröffnen.

Völlig neuartige Technologien und Produkte werden meist in Aus- und Neugründungen entwickelt. Gute Mittelstandspolitik muss daher auch immer Gründungspolitik sein. Wir wollen deshalb Gründer in unserem Land fördern und ihnen ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten schaffen. Dazu zählen vor allem ein Wagniskapitalgesetz, das z.B. die sofortige steuerliche Absetzbarkeit von Wagniskapitalinvestitionen privater Geldgeber ermöglicht, sowie regulatorische Erleichterungen beim sogenannten Crowd-Funding. Auch die Pläne zur Vertiefung des freien Kapitalverkehrs in der Europäischen Union (Kapitalunion) sind grundsätzlich zu befürworten. Denn sie erweitern die Palette an Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen. Bei der Ausgestaltung ist jedoch darauf zu achten, mögliche Hürden durch Bürokratieaufwand, Informationspflichten und Regulierungen gering zu halten. Damit der Mittelstand weiter auf die klassische Kreditfinanzierung bauen kann, müssen kleinere und mittlere Banken dringend bei Regulierungsaufgaben und -kosten entlastet werden. Statt einer Ausweitung der branchengebundenen Projektförderung setzen wir zudem auf eine sofort wirkende und unbürokratische steuerliche Forschungsförderung, wie sie in vielen anderen OECD-Ländern bereits existiert. Zudem muss das Auslaufen des Solidaritätszuschlages bis 2019 weiteren Raum für Investitionen schaffen.

**Für eine mittelstandsfreundliche Erbschaftssteuer**

Die geplante Neuregelung der Erbschaftssteuer droht die einzigartige mittelständische Wirtschaftsstruktur unseres Landes zu schwächen. Denn wenn durch die geplante Reform Betriebsvermögen belastet und durch die Erbschaftssteuerzahlungen den Unternehmen Liquidität entzogen wird, kann dies insbesondere größere Familienunternehmen anders als Großkonzerne schnell an ihrer Substanz belasten. Die Gefährdung von Arbeitsplätzen und weniger Spielraum für Investitionen sind die Folge. Im schlimmsten Fall könnte sich die Betriebsübergabe sogar nicht mehr lohnen. Aber auch kleinere Unternehmen werden durch die Reformpläne durch neue bürokratische Auflagen belastet. Wir fordern daher eine vernünftige und weniger bürokratische Regelung der Erbschaftssteuer, die den Bedürfnissen von Familienunternehmen z. B. durch eine Reinvestitionsklausel Rechnung trägt.

**Für bezahlbare Energiepreise**

Die Kosten der Energiewende tragen bislang überwiegend die Verbraucher und die kleinen und mittelständischen Unternehmen, während Großunternehmen überproportional häufig von der EEG-Umlage befreit sind. Bei vielen Betrieben sind die Energiekosten mittlerweile ein erheblicher Kostenfaktor geworden. Wir Freien Demokraten wollen die mittelstandsfeindliche Umverteilungspolitik beenden und das EEG abschaffen. Außerdem fordern wir die Rückkehr zur marktwirtschaftlichen Preisbildung innerhalb eines europäischen Energiebinnenmarktes.

**Für eine angemessene Folgenabschätzung der Niedrigzinspolitik der EZB**

Die anhaltende Niedrigzinspolitik der EZB schafft neue Belastungen für mittelständische Unternehmen. Neben der Commerzbank erwägen nun andere Banken, den Strafzins für Einlagen bei der EZB auch an mittelständische Unternehmen weiterzureichen. Belastungen der Barrücklagen für Pensionsverbindlichkeiten oder zukünftige Investitionen wären die Folge. Zudem steigt durch die niedrigen Zinsen die Rückstellungspflicht für betriebliche Pensionszusagen. Um Unternehmen zu entlasten, sollte der Referenzzeitraum für die Ermittlung von Pensionsrückstellungen auf fünfzehn statt zehn Jahre verlängert werden. Außerdem müssen die Rückstellungen auch im Steuerrecht vollumfänglich berücksichtigt werden anstatt bis zu einem fiktiven Rechnungszins von sechs Prozent.